

Gedenkfeier zum 79. Jahrestag der Befreiung des ehemaligen Jugend-KZ Uckermark und späteren Vernichtungsorts, 13. April 2024

Redebeitrag Uckermark-Ini: Miteinander sprechen, Kämpfe verbinden!

Liebe Überlebende, liebe Angehörige, liebe Antifaschist*innen und Freund*innen, liebe Anwesende!

Von Herzen grüßen wir die Überlebenden und Angehörigen Ingelore, Marek, Beta, Agnieszka und Ivo, Tina und Sylvia, Stanka, Maja, Jaka und Meta. Wir sind sehr froh, dass einige von euch heute hier sein können.

Vor 79 Jahren wurden die Mädchen und jungen Frauen des Jugendkonzentrationslagers und des späteren Vernichtungsortes Uckermark von der Roten Armee befreit. Wir gedenken in diesen Tagen der inhaftierten, gequälten, ermordeten Menschen und denen, die überlebt haben. Unsere Gedanken sind bei ihnen und bei euch. Ihr seid nicht vergessen!

Wir stehen hier heute auch in Solidarität mit den Überlebenden rechter Gewalt nach 1945 und ihren Angehörigen. Wir möchten die Kämpfe um ein würdiges Gedenken an die Opfer rassistischer, antisemitischer und menschenverachtender Gewalt unterstützen. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass diese Kämpfe nach wie vor nötig sind und mit aller Kraft geführt werden müssen!

Erst vor ein paar Wochen, am 25. März, kam bei einem Brandanschlag eine junge bulgarisch-türkische Familie in Solingen ums Leben. Katya, Kuncho, Dalia und Emilia. Sicher ist, dass das Feuer bewusst gelegt wurde. Ein rassistisches Motiv ist sehr wahrscheinlich. Wir stehen an der Seite der Betroffenen und fordern Aufklärung. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen und Überlebenden.

Besonders erinnern möchten wir in diesem Jahr an unsere Freundin Ilse Heinrich, die letzten August verstorben ist. Ilse war als sogenannte „Asoziale“ im Frauen-KZ Ravensbrück inhaftiert. Nach der Befreiung war sie eine der ersten, die den Mut hatten, über die Verfolgung unter diesem Stigma zu sprechen. Bis ins hohe Alter

setzte sie sich unermüdlich für die Erinnerung ein; sie war auf vielen unterschiedlichen Veranstaltungen und auch oft bei uns auf den Bau- und Begegnungscamps oder hier auf der Befreiungsfeier. Sprechen war für Ilse sehr, sehr wichtig! Neben allen schmerzlichen Erinnerungen, die Ilse mit uns und so vielen geteilt hat, bleibt vor allem ein Lächeln wenn wir an sie denken. Wir werden sie immer als ganz besonderen Menschen in Erinnerung behalten.

Auch im KZ Uckermark wurde die Mehrzahl der hier inhaftierten Minderjährigen deshalb festgehalten, weil sie von den Fürsorgebehörden als sogenannte „Asoziale“ eingestuft worden waren. Ein Teil der Jugendlichen war aus anderen Gründen inhaftiert, etwa wegen politischem Widerstand oder weil sie der Swing-Jugend angehörten [evtl.: Eine Musik, die auch Lello Franzen heute für uns spielt.] Zwischen 1942 und 1945 waren hier insgesamt etwa 1.200 Mädchen und junge Frauen gefangen.

Im Januar 1945 richtete die SS in einem Teil des Lagers einen Vernichtungsort ein. Noch in den letzten Kriegsmonaten ermordete sie etwa 5.000 Menschen, darunter viele aus dem benachbarten KZ Ravensbrück und anderen Lagern. Viele von ihnen waren ungarische Jüdinnen.

Überlebende berichteten immer wieder davon, dass die Häftlinge nicht miteinander sprechen durften. Sie beschrieben, wie schlimm das für sie war. Im Lager herrschte Sprechverbot, Verstöße wurden hart bestraft.

Was bedeutet das, nicht miteinander sprechen zu können? Sich in so einer Situation nicht austauschen zu können? Sich keinen Mut zusprechen, kein tröstendes Wort sagen zu können? Sich nur schwer zusammen organisieren zu können? Unvorstellbar.

Der Anlass, zu dem wir heute hier zusammenkommen, ist die Befreiung dieses Lagers vor 79 Jahren. Doch auch danach wurde nicht viel gesprochen:

Die Täter_innen, die Zuschauer_innen, die Nutznießer_innen, die Mundhalter_innen wollten nichts von diesem Ort und seiner Geschichte wissen. Es wurde nicht erinnert, nicht darüber gesprochen.

Diejenigen, die das Lager überlebt hatten, lernten schnell, dass sie mit ihrer Geschichte auf Abwehr und Ablehnung stießen. Mitgefühl war selten, die Stigmatisierung ging weiter. Also hielten auch sie – oft aus Selbstschutz – häufig besser den Mund.

Dass wir uns heute hier auf einem Gedenkort befinden, verdanken wir der Tatsache, dass Überlebende das Schweigen doch gebrochen haben: Sie wiesen darauf hin, dass hier ein Lager gewesen war. In den 1990er-Jahren stellten sie ein Schild an den hohen Zaun des damals noch abgeriegelten und unzugänglichen Geländes: „Ihr seid nicht vergessen!“ hatten sie darauf geschrieben.

Das ist der Ausgangspunkt für das Nachforschen, das Zugänglichmachen, das Gestalten und Kämpfen um und an diesem Ort. Die jährlichen Bau- und Begegnungscamps gingen los und später gründete sich die Uckermark-Ini. Im Mittelpunkt von all diesem Tun stand der Austausch mit den Überlebenden. Stand das Zuhören und stand das Sprechen. Wie bei Ilse.

Sich begegnen und sich aufeinander einlassen heißt nicht, dass man immer einer Meinung ist. Im Gegenteil. Zumal wenn ganz unterschiedliche Perspektiven aufeinanderprallen. Aber zum Sprechen gehört auch die Auseinandersetzung. Zum Sprechen gehört manchmal auch das Streiten – und das ist wichtig. So war und ist das auch bei uns – und bei aller Unterschiedlichkeit versuchen wir doch, an einem Strang zu ziehen.

Die bevorstehenden Wahlen verheißen nichts Gutes. Nachdem das Treffen von rechtsradikalen Gruppen mit AfD-Politiker_innen in Potsdam bekannt geworden war, auf dem die millionenhafte Abschiebung von Menschen aus Deutschland besprochen wurde, gab es viele große Demos gegen Hass und Hetze. Das ist gut. Doch dieselben Politiker_innen, die dort medienwirksam von „Brandmauern gegen Rechts“ oder einer „wehrhaften Demokratie“ schwafelten, sind inhaltlich gar nicht so weit von denen entfernt, die sie nach außen hin kritisieren.

Das zeigen nicht zuletzt die politischen Debatten um geflüchtete Menschen in den letzten Wochen. Statt von „Remigration“, wie die AfD, sprechen die anderen Parteien aber lieber von einem „Rückführungsverbesserungsgesetz“ – gemeint ist

im Prinzip dasselbe. Abschottung nach außen, Repression nach innen. Mit ihrer Zustimmung zur GEAS-Verordnung, zu einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, will die Bundesregierung Abschiebungen zukünftig noch einfacher machen. Die bereits tagtägliche Praxis von massenhaften Pushbacks von Geflüchteten in unsichere Länder wird zukünftig durch viele europäische Staaten auch offiziell gedeckt werden – indem sie solche Länder einfach zu „sicheren Drittstaaten“ erklären. Und diejenigen, die es trotz allem nach Deutschland geschafft haben, sollen jetzt Bezahlkarten bekommen. Damit wird das Leben der Betroffenen noch drastischer eingeschränkt, als es ohnehin schon der Fall ist.

Auch die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich weiter. Im neuen Oxfam-Bericht zur sozialen Ungleichheit können wir lesen, dass das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen seit 2020 um rund drei Viertel wuchs. Durch eine Vermögenssteuer könnten knapp 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr generiert werden – und die würde gerade einmal 0,24 Prozent der Bevölkerung treffen. Doch es wird weiterhin von unten nach oben verteilt.

Aber statt gegen all dies am gemeinsamen Strang zu ziehen, tun sich innerhalb der Linken Abgründe auf: Seit dem antisemitischen Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel und dem darauf folgenden Gaza-Krieg zeigt sich der Hass auf Juden_Jüdinnen auch bei uns immer offener. Sogar sogenannte „Feminist_innen“ relativieren das Massaker, zweifeln die sexualisierte Gewalt an, oder feiern es gar als „Widerstand“. Die Zahl der antisemitischen Übergriffe schießt in die Höhe. Doch statt auf Solidarität treffen Juden_Jüdinnen häufig auf ein „dröhnendes Schweigen“.

Gleichzeitig stellen Politiker_innen oder einzelne Medien Muslim_innen unter Generalverdacht. Ihnen wird pauschal Antisemitismus in die Schuhe geschoben, um Abschiebungen und staatliche Repression zu legitimieren. Wenn der bayrische Politiker Hubert Aiwanger dagegen antisemitisch „vom Leder zieht“, dann wird er bejubelt. Rassistische Übergriffe und Anfeindungen nehmen zu. Die berechtigten Sorgen und Ängste vor rassistisch motivierter Gewalt müssen ernst genommen werden! Rassismus ist kein Mittel gegen Antisemitismus!

Wir sprechen von einem „Nie wieder!“, für das wir uns einsetzen wollen, oder wir stellen fest „Nie wieder ist jetzt!“. Doch was bedeutet das eigentlich ganz konkret? Was heißt das denn für jede einzelne Person von uns? Auch wenn wir vielleicht noch keine klare Antwort auf diese Frage haben, muss doch zumindest eins klar sein: Wir müssen Betroffenen zuhören, dürfen ihre Geschichten nicht vergessen und wollen in eine aktive Auseinandersetzung gehen. Bei Unrecht dürfen wir nicht schweigen, sondern müssen sprechen!

Zahlreiche Bündnisse von Betroffenen rechter Gewalt machen es uns vor: Ja, wir sind alle unterschiedlich. Aber wir sind aufeinander angewiesen und wir müssen unsere Kämpfe zusammendenken. Wir müssen sie bündeln und solidarisch zusammenstehen. Wir brauchen eine Linke, die Unrecht benennt, die sich abgrenzt gegen Fake News und Propaganda, die Dogmen überwindet – auch oder gerade wenn sie vermeintlich „links“ sind! – und auch mal Fehler eingesteht. Nur so können wir für eine gerechte Welt für alle kämpfen!

Vielen Dank!